

# Warum ist Neu-Anspach pleite?

Die Kleeblattstadt kämpft mit einem Haushaltsloch, die Schuld dafür weisen sich die Fraktionen gegenseitig zu / Ein großes Interview zur Krise und möglichen Auswegen

Von Henning Schenckenberg

**NEU-ANSPACH.** In Neu-Anspach ist in der Vergangenheit nicht nur die Einwohnerzahl rasant gewachsen, sondern auch der Schuldenberg. Nun muss die Politik sparen – oder die Einnahmen zu erhöhen. Über wiederkehrende Straßenbeiträge oder die Erhöhung der Grundsteuer B wird aktuell heftig diskutiert. Grund genug, einmal bei den Fraktionen im Neu-Anspacher Parlament nachzufragen: Wie konnte die Stadt so tief in den finanziellen Schlamassel rutschen? Wie kommt sie da wieder raus? Und muss der Bürger am Ende die „Zeche“ zahlen? Bis zum Redaktionsschluss am Freitagmittag sind bis auf die FDP von allen Fraktionssprechern Antworten eingetroffen.

## Wie konnte Neu-Anspach in so eine prekäre finanzielle Lage geraten?

**CDU (Birger Strutz):** In den Haushaltsberatungen haben wir den Bürgermeister und die ihn tragenden Fraktionen immer wieder darauf hingewiesen, nicht zu optimistisch an die Aufstellung des Haushaltes zu gehen und anders als behauptet, sind die Steuererschätzungen keine verbindlichen Vorgaben, sondern Orientierungsdaten. Diese Steuererschätzungen sind in Gänze in den Haushalt geflossen. Darauf haben wir mehrfach hingewiesen. Schlimm ist aus unserer Sicht, dass diese Schieflage trotz der Rekordzuweisung des Landes im Zuge der Hessenkasse gekommen ist. Neu-Anspach erhielt die höchste Unterstützung im Hochtaunuskreis. Hinzu kommt, dass wir in Neu-Anspach einen sehr hohen Qualitätsanspruch in den Kindergärten und Tagesstätten haben, der nach wie vor einen großen Ausgabeposten im Haushalt darstellt.

**B-NOW (Rolf Töpferwien) :** Der wesentliche Grund ist die Verschuldung während der vorangegangenen zwei Legislaturperioden, die 2015 mit rund 46 Millionen Euro gipfelte. Dies hat immer noch einen Schuldendienst von 2,5 Mio Euro p.a. zur Folge. Seit 2016 bis 2018 haben sich die Schulden um rund 5 Millionen Euro reduziert, 2019 gab es durch die Hessenkasse nochmals eine deutliche Reduzierung um rund 5 Mio Euro – allerdings verbunden mit einer jährlichen Tilgungsrate von 366 000 Euro. Auch die KiTa-Freistellung des Landes wurde zu einem Großteil bei den Gemeinden abgeladen – für Neu-Anspach Mehrkosten von 388 000 Euro pro Jahr. Weiterhin haben die Tarifsteigerungen alleine für den KiTa-Bereich über 200 000 Euro beansprucht. Trotz der zusätzlichen Belastungen wurde ein knapp ausgeglichener Haushalt vorgelegt, der jedoch darauf verwies, dass bei Mindereinnahmen ein Nachtrag notwendig wäre. Wermutstropfen waren die eingeplanten Einnahmen aus der verhassten Straßenbeitragssatzung. Nun, die Steuerschätzung hat sich nicht bestätigt, Neu-Anspach hat 1,235 Mio Euro weniger an Gewerbesteuer zu erwarten und, 0,7 Mio an Einkommensteuer.

**SPD (Kevin Kulp):** Die Stadt Neu-Anspach krankt heute an der Misswirtschaft der vergangenen zwei Legislaturperioden. Damals hat die Stadt weit über ihre Verhältnisse gelebt. Das ist auch der Grund, warum Neu-Anspach von der kommunalfeindlichen Politik der schwarz-grünen Landesregierung besonders hart getroffen wird. Die KiTa-Gesetzgebung belastet jährlich den Haushalt mit rund 380 000 Euro zusätzlich. Zugleich hätte die Übernahme der Kosten der Straßensanierungen durch das Land, wie von der SPD-Landtagsfraktion mehrfach gefordert, ein derartiges Defizit im Haushalt verhindert. Hinzu kommt die fehlerhafte Steuerprognose des Finanzministeriums für das Jahr 2018, das sich vor den Landtagswahlen „zufällig“ um mehrere Millionen vertan hat. Von der günstigen Steuerentwicklung in Deutschland hat die Kommune jedenfalls aufgrund bestimmter steuerrecht-

licher Regelungen in Bund und Land nicht profitieren können.

**GRÜNE (Regina Schirner):** In dem man Warnungen und daraus resultierende Vorschläge nicht ernst nimmt. Mehrheitsentscheidungen des Parlaments (zum Beispiel Ausstieg bei Hessenforst und Eigenbeförderung zum jetzigen Zeitpunkt; Kauf eines Grundstücks für Gärten auf Kredit). Überprüfungen und Anpassungen von Gebührensatzungen wurden bislang nicht durchgeführt.

**FWG-UBN (Hans-Peter Fleischer):** Wir von der FWG-UBN sehen das größte Problem darin, dass der Bürgermeister nicht richtig haushaltet. Einnahmemöglichkeiten wie beispielsweise aus der Windkraft wurden von einigen Bürgern und der B-NOW abgelehnt. Anstatt aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, als jahrelang über die Verhältnisse gelebt wurde, werden die gleichen Fehler wieder gemacht. Das wurde uns auch bereits attestiert. Neu-Anspach hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Der Bürgermeister, die B-NOW, die SPD und die NBF sind mit dem Versprechen angetreten, es besser zu machen, aber was ist passiert? Die finanzielle Situation hat sich weiter verschlechtert. Anstatt zu sparen, wird das Geld, das einem nicht gehört, weiter ausgegeben. Es werden beispielsweise Wiesen in Westerfeld zu einem überbewerteten, zehnfach höheren Preis gekauft, die überhaupt nicht gebraucht werden. Ein neuer Förster mit einem hohen Beamtengehalt wird eingestellt, anstatt weiter mit Hessenforst zusammenzuarbeiten, bis die finanzielle Situation nicht mehr so angespannt ist. Aber wir haben ja noch die Neu-Anspacher Bürger, die man im Zweifelsfall zur Kasse bitten kann.

**NBF (Andreas Moses):** Die prekäre Finanzlage hat ihre Ursache sowohl in der Vergangenheit, als auch in der Gegenwart. Wäre der Zuzug von 10 000 Bürgern in den vergangenen 30 Jahren angesichts der damit verbundenen erheblichen Landverkäufe nicht als Entwicklungsmaßnahme, sondern nach dem Wehrheimer Modell praktiziert worden, würde die Gemeinde heute im Geld schwimmen. In den letzten beiden Wahlperioden wurde auch zu wenig gespart. Es wurden auch Fehler gemacht bei der Vergabe von Gewerbesteuern an Firmen und Personen, die in Wirklichkeit kein Gewerbe betreiben und keine Gewerbesteuer zahlen. Zu hohe Verwaltungskosten sind ebenso anzuprangern, wie die erheblichen Verpflichtungen im Kindergartenbereich, die nicht hinreichend durch das Land Hessen kompensiert werden. Hinzu kommen dann aktuell noch falsche Steuerschätzungen von Bund und Land, wodurch wir rund eine Million Euro weniger einnehmen, als es uns vorhergesagt wurde.

## Wie kann der Haushalt saniert werden?

**CDU:** Einsparmöglichkeiten haben wir schon bei den Haushaltsberatungen aufgezeigt. Wir haben gefordert, die Einstellung des Wirtschaftsförderers um ein Jahr zu verschieben. Weiter forderten wir, die Beförderung des Waldes bei Hessenforst zu belassen, da die Kosten kalkulierbar sind. Die nun eingetretene Situation im Neu-Anspacher Wald wird wohl hohe Einnahmeverluste bei der Holzvermarktung mit sich bringen. Die Suche nach weiteren Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen der IKZ kann der angespannten Lage auch dienlich sein.

**B-NOW:** Kurzfristig ist aus unserer Sicht keine weitere Einsparung von

einer Million Euro zu erreichen, da schon viele Infrastrukturmaßnahmen geschoben wurden und jede Investition nur dann getätigt wird, wenn es notwendig ist. Der vom Rechnungshof kritisierte Zuschuss für die Kinderbetreuung (im Vergleich rund 60 Prozent über dem Durchschnitt) ist eine Aufgabe, die sich alle Parteien sehr genau ansehen müssen. Die Bereitschaft der Verursacher, sich dieser Verantwortung zu stellen, war bisher gering. Bei der HH-Debatte 2019 wurden hierzu Anträge der B-NOW eingebracht, die jedoch noch nicht finanziell wirksam sind. Mittelfristig steht für uns an, deutlich mehr Tagesmutterplätze zu schaffen. Aus unserer Sicht wäre es auch sinnvoll, die Vermarktung großer Grundstücke im Bieterverfahren generell zu praktizieren, da hier freiwillig Gebote abgegeben werden können, die die finanzielle Situation entlasten. Maßnahmen wie Schließung des Waldschwimmbades und der Bücherei wären hingegen nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein und sind politisch nicht gewollt.

**SPD:** In den vergangenen zwei Jahren hat Bürgermeister Thomas Pauli den angehäuften Schuldenberg bereits um fünf Millionen Euro reduziert. Auf Antrag von SPD, B-NOW und Linke wurden erhebliche Einsparungen in der Verwaltung vorgenommen. Es gilt in den kommenden Jahren, diesen Weg kontinuierlich fortzusetzen und übermäßige Luxusausgaben wie in der Vergangenheit zu vermeiden. Gleichzeitig darf dies aber nicht dazu führen, dass notwendige soziale Investitionen (etwa für das Waldschwimmbad oder für bezahlbaren Wohnraum) auf der Strecke bleiben. Leider werden viele Sparmaßnahmen erst in den kommenden Jahren Früchte tragen. Wir appellieren an CDU, Grüne und FWG, sich einer konstruktiven Zusammenarbeit zur Lösung der Finanzprobleme der Stadt nicht länger zu verschließen.

**FWG-UBN:** Die FWG-UBN ist der Meinung, dass der Haushalt saniert werden kann. Es setzt allerdings die Bereitschaft und den Willen der politischen Mehrheit von SPD, B-NOW und NBF und des Bürgermeisters voraus. Doch diese ziehen sich schmolend zurück und behaupten, die jetzige Haushaltslage hätten nicht sie verschuldet, sondern alle anderen, beispielsweise der hessische Finanzminister, der die Steuereinnahmen zu hoch eingeschätzt hatte. Aber der Bürgermeister und die ihn stützenden Fraktionen SPD, b-now, NBF sind selbst verantwortlich. Anstatt Kreativität zu zeigen und zu sparen, wird das Geld weiter ausgegeben. So will man beispielsweise für 50 000 Euro eine neue Telefonanlage und für weitere 50 000 Euro einen Rasenroboter anschaffen. Das kann doch nicht wahr sein. Um den Haushalt zu sanieren, ist jede Ausgabe zu hinterfragen. Es kann nicht die Aufgabe der Politik sein, die Arbeit des Bürgermeisters zu übernehmen. Die Politik gibt die Richtung, der Bürgermeister hat die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

**Grüne:** Wir haben dem Bürgermeister und der Verwaltung noch einige Fragen gestellt. Deren Beantwortung müssen wir abwarten, außerdem, was eventuelle Maßnahmen dieses Jahr noch bringen könnten.

**NBF:** Der Haushalt 2019 tritt erst im Laufe der zweiten Jahreshälfte in Kraft. Bis dahin gilt die vorläufige Haushaltsführung. Viele Projekte, die im Haushalt stehen, lassen sich in diesem Jahr also sowieso nicht mehr verwirklichen. Wir müssen insoweit genau hinschauen, was für 2019 überhaupt noch aktuell ist und was in diesem Jahr einge-

spart werden kann. Die Kollegin Bolz von der CDU hat auch den richtigen Ansatz ins Spiel gebracht, wonach das Millionendefizit bei den Kindergärten erneut in Angriff genommen werden muss, wobei allen klar ist, dass eine Kostendeckung hier auch nicht annähernd zu erzielen sein wird, weil dies die Eltern finanziell völlig überfordern würde. Gleichwohl muss über Anpassungen nachgedacht werden, die für jeden Einzelnen nur minimal sind, aber eine beachtliche Gesamtsumme ausmachen.

## Würde Ihre Fraktion einer Erhöhung der Grundsteuer B um rund 200 Punkte zustimmen?

**CDU:** Einer Erhöhung der Grundsteuer B stehen wir skeptisch gegenüber. Wir warten hier die Ausschussberatungsrunde in der kommenden Woche ab.

**B-NOW:** Wir sind seit 2016 im Parlament und seit diesem Zeitpunkt ist die Verschuldung rückläufig. Auch sind wir mit dem Vorschlag angetreten, die Grundsteuer B nicht zu erhöhen, und die verhassten Straßenbeiträge haben wir vehement bekämpft, so lange es möglich war. Der nun vorliegende Nachtragshaushalt beinhaltet als Ultima Ratio einen jährlich neu festzulegenden Nachhaltigkeitsbeitrag, der dazu dient, das Loch im Haushalt 2019 zu schließen. Wir gehen davon aus, dass die bis zum vergangenen Freitag einzureichenden Eingaben der Fraktionen noch einen Beitrag zur Reduzierung dieses Nachhaltigkeitsbeitrags um einige Punkte liefern konnten. Sollte das Parlament dann keine Erhöhung der Grundsteuer beschließen, würde das Regierungspräsidium per Zwangsmaßnahme einschreiten müssen und diese erzwingen. Unsere Hoffnung ist, dass alle Fraktionen ihre Verantwortung für die finanzielle Schieflage der Stadt übernehmen und sich den notwendigen Schritten nicht verschließen, so denn werden auch wir diese Verantwortung wahrnehmen.

**SPD:** Im Nachtragshaushalt ist die

Erhöhung der Grundsteuer B als Ultima Ratio in Form eines Nachhaltigkeitsbeitrags vorgesehen. Das soll aber nicht als bloße Steuererhöhung geschehen, sondern als jährlich zu diskutierender und zu beschließender Zuschlag auf den bisherigen Hebesatz. Damit ist bei Fortsetzung des eingeschlagenen Weges eine Senkung der Grundsteuer in den folgenden Haushaltsjahren möglich. Gleichzeitig ist auch eine Anpassung der anderen Hebesätze denkbar. Es kann nicht sein, dass immer nur die Grundstückseigentümer einseitig über die Grundsteuer B belastet werden.

**Grüne:** Hierzu bitte ich um Verständnis, dass wir in der Fraktion noch nicht abschließend beraten haben und außerdem noch die Beratungen in der HFA-Sitzung am 25. Juni abwarten müssen.

**FWG-UBN:** Die FWG-UBN wird einer Erhöhung der Grundsteuer nicht zustimmen. Der Bürgermeister versucht mit einer positiv klingenden Wortkreation „Generationenbeitrag“, den Neu-Anspacher Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen, anstatt endlich zu sparen. Dem Bürgermeister und die ihn stützenden Fraktionen SPD, B-NOW, NBF fehlt der Wille zum Sparen. Man gibt Geld aus, das einem nicht gehört und das man nicht hat und wundert sich darüber, dass der Haushalt aus dem Ruder läuft. Das fehlende Geld muss dann der Neu-Anspacher Bürger berappen.

**NBF:** Voraussetzung dafür, dass wir über eine Grundsteuererhöhung überhaupt auch nur nachdenken, ist die Abschaffung der Straßenbeitragssatzung. Danach ist zunächst zu schauen, welche Dinge dieses Jahr noch eingespart oder gestrichen werden können und wo Gebührenerhöhungen für Leistungen, die die Stadt erbringt, möglich sind. Erst wenn alles ausgeschöpft ist, dann denken wir über das Thema einer Grundsteuererhöhung nach, wobei uns 200 Punkte deutlich zu hoch erscheinen.

– Anzeige –

|                         |                        |                   |                           |                      |                         |                      |  |
|-------------------------|------------------------|-------------------|---------------------------|----------------------|-------------------------|----------------------|--|
| süße Backware           | ein griech. Volksstamm | Arbeitsweise      | Goldgewicht               | kleine Dolche        | nord. Göttin der Jugend | Halbton unter c      | aufwiegen  |
| Frauenkleidungsstück    | Einbuße                | ge-fiederte Tiere | Leitgedanke               | subarktischer Hirsch | Warnzeichen             | pro Einheit          | Gesellschaft   |
| Kurzmitteilung (Kw.)    | Diskussionsgegenstand  | Bildreihe         | französische Königsanrede | Felsbrocken          | Himmelsrichtung         | deutsche Vorsilbe    | Erbträger (Mz.)  |
| geben, abtreten         | hervorgehoben          | Wasser-vogel      | Gallertmasse              | heimlicher Zorn      | kristalliner Schiefer   | englischer Artikel   | Auflösung des letzten Rätsels  |
| span. Inselgruppe (Kw.) | Glühstrumpf-erfinder   | leichtes Beiboot  | Kfz-Z. Bundesgrenzschutz  | Abk.: ex officio     | Raserei                 | weiches Schwermetall | ■ ■ ■ T ■ ■ A ■ ■ ■ B ■ ■<br>B A U A R B E I T E R<br>G E B I E T ■ L ■ W A<br>■ N E ■ I ■ A L L E S<br>■ E ■ S ■ Z E N E R I E<br>R A B E ■ E R R ■ S N<br>T S U G A ■ U ■ T E D<br>■ ■ ■ E ■ E F R O N ■<br>■ M A L A I E ■ G ■ A<br>H O R N ■ G ■ B A U M<br>■ R R ■ P N E U ■ W O<br>■ G E L A E C H T E R<br>■ E S D U R ■<br>T N T ■ S ■ S<br>■ ■ ■ M E G A<br>■ B A I ■ O U<br>■ A ■ E N G E<br>A U S F U H R |